Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis 9 vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 9 — 89. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" **Wilsdruff-Dresden** Postscheck: Dresden 2640 **Sonnabend, den 11. Januar 1930**

Versailles und Haag.

Wahnsinn und Ahnungslosigkeit. — Das Sanktionsrecht. Das dunkle Tal des Mühsals.

Einen Augenblick sollte man stillstehen, einen Augenblick sollte man den Schritt hemmen: zehn Jahre gerade sind vergangen, seit das Versailler Diktat in Kraft trat. Seit die Bestimmungen Wirklichkeit wurden, die anzunehmen Deutschland durch die Gewalt der Bajonette seiner Gegner gezwungen worden ist. Seit „rechtens" wurde, daß große Teile Deutschlands vom Mutterleibe der Heimat abgerissen wurden, seit dieser Leib zerschnitten worden ist durch das Mißgebilde des polnischen „Korridors". Seit auf dem Marktplatz in Danzig zum letztenmal deutsche Truppen standen. Was Siegerwahnsinn und Ahnungslosigkeit über alles Deutsche vor zehn Jahren in Versailles bestimmte, ist Wahnsinn und bleibt Ahnungslosigkeit. Man braucht gar nicht so sehr Gewicht darauf zu legen, daß ja das Versailler Diktat aufgebaut sei auf der angeblichen Schuld Deutschlands und seiner Verbündeten am Ausbruch des Weltkrieges, daß sie alle darum verpflichtet seien, alle Schäden wieder gutzumachen, die aus dieser Schuld entstanden seien, sondern, entscheidend ist, daß die Unterschrift unter jene Bestimmungen erfolgt ist angesichts der Truppenmassen, die bereitstanden, nach Deutschland hineinzumarschieren, Deutschland zu besetzen und zu zerstückeln, wenn seine Regierung sich weigern würde, unter jene Diktaturbestimmungen die Unterschrift zu setzen.

Und gerade jetzt, da zum zehnten Male der Tag der Geltung des Versailler Diktats vorübergegangen ist, entbrannte ja auch auf der Haager Schlußkonferenz der Kampf darum, ob eine der übelsten Bestimmungen des Werkes von 1919, das Sanktions„recht", bestehenbleiben soll, obwohl im Vertrag von Locarno ausdrücklich gesagt ist, daß — wie der Artikel 2 dieses wirklich freiwillig abgeschlossenen Übereinkommens lautet — ein Eindringen in das Gebiet des Vertragspartners mit militärischen Kräften ausgeschlossen sein soll. Leider ist aber im Haag gerade von dieser so feierlich getroffenen und beim Völkerbund registrierten, außerdem noch durch Englands Garantie gestützten Vereinbarung bisher noch gar nicht die Rede gewesen, sondern Frankreich kehrt zu dem zurück, will nur das gelten lassen, was vor zehn Jahren „Recht" wurde. Daß also militärische Zwangsmaßnahmen — nur die Ohnmacht Deutschlands verhindert es, daß daraus ein Krieg entstehen würde — Platz greifen, möglich, „erlaubt" sein sollen, wenn Deutschland den Young-Plan angeblich oder wirklich nicht erfüllen will. Entscheidend ist und bleibt bei diesem Plan, der in einen Vertrag zwischen Deutschland und den Gläubigerstaaten ausmünden soll, doch immer nur das eine: freiwillig bekennt sich Deutschland zu den darin niedergelegten Zahlungsverpflichtungen, freiwillig zu der Grundlage, auf der jeder Vertrag, jede Vereinbarung beruht, zu Treu und Glauben also. Und darf deswegen auch verlangen, daß dieser Vertrag hinsichtlich seiner Durchführung nicht mit anderen, besonderen Schutzbestimmungen umhegt wird, wie jede andere völkerrechtlich gültige Vereinbarung irgendwelcher Art. Das war ja doch auch Sinn und Zweck des Vertrages von Locarno, war Sinn und Zweck der gesamten Politik Stresemanns, ist auch bestimmend für das Verhalten und die Arbeit der deutschen Delegation im Haag. Nach zehn Jahren gilt es eben herauszukommen aus dem Geist des Versailler Diktats.

Wirtschaftlich-finanziell ist ja in diesen zehn Jahren aus jenem Geist herauszukommen vielfach möglich gewesen. Aber doch nur mit der Wirkung, daß Deutschland dieses Herauslösen teuer genug bezahlen mußte. Während Frankreichs Wirtschaft die Kriegsfolgen längst überwunden hat, sich höchster Blüte erfreut, Arbeitslosigkeit überhaupt nicht kennt, sogar erfolgreiche Anstrengungen machen kann, unabhängig zu werden von der wirtschaftlich-finanziellen Gebundenheit an Amerika, ist diese Abhängigkeit Deutschlands ganz unbedingt geworden. Wir können nur durch die Hilfe von außen her heraus aus unserer Wirtschaftsnot. Dies und auch der Kampf Dr. Schachts und um ihn ist ja nur eine Folge der Entwicklung, die die Dinge in den zehn Jahren nach Versailles genommen haben. Der Reichsbankpräsident weiß natürlich auch ganz genau, daß die Hilfe von außen her notwendig ist, doch will er diese Notwendigkeit zurückführen auf das geringst mögliche Maß, will die Selbsthilfe — diese aber wieder auf das höchst Mögliche emporgezwungen — in den Vordergrund stellen. Für ihn ist ja die bitterste Erfahrung dieser zehn Jahre, die Inflation, erster und wichtigster Richtpunkt seines Handelns. Er hat es ein bißchen unbequemer als sein französischer Kollege, der sich vor Gold und Devisen kaum zu retten weiß.

Vor zehn Jahren hat ein deutscher Reichskanzler einmal von dem „dunklen Tal des Mühsals" gesprochen, durch das auf lange, lange Zeit hinaus der Weg des deutschen Volkes gehen würde. Wie richtig dieses Wort war, hat Deutschland zu jeder Stunde spüren müssen, merkt es an seiner schweren wirtschaftlichen Not heute nicht minder stark. Aber wir haben den Willen und die Kraft besessen, diesen Weg zu gehen, zehn Jahre hindurch. Und wir besitzen den Willen und hoffentlich auch die Kraft, dieses „dunkle Tal des Mühsals" bis zu seinem Ende zu durchmessen.

Dr. Pr.

Vor Entscheidungen im Haag

Das Haager Ringen.

Keine wesentliche Förderung.

Seit Tagen nun schon dreht sich das Suchen der im Haag versammelten Mächte um einen Punkt, gleichsam im Kreise herum, ohne daß man einer Lösung wesentlich näherkommt. Freitag vormittag traten die deutschen Reichsminister Curtius und Wirth abermals mit den französischen Ministern Tardieu und Briand zusammen, um die Behandlung der von Frankreich aufgeworfenen Frage, welcher Zustand eintrete, falls eine zukünftige deutsche Regierung das Haager Abkommen zerreiße, weiterzubringen. Die Besprechungen, die längere Zeit andauerten, ergaben aber kaum ein wesentliches Ergebnis. Die beiderseitigen Vertreter unterhielten sich längere Zeit. Offensichtlich ist es nicht ganz klar, ob es sich mehr um eine politische oder um eine juristische Angelegenheit handelt.

Die französische Seite weist immer wieder auf eine gewisse Propaganda in Deutschland hin, die im voraus gegen die etwaigen Haager Schlußabmachungen die öffentliche Meinung aufzubringen suche. Frankreich will rechtliche Festsetzungen für den Fall einer absichtlichen Vernichtung des jetzt zu beschließenden Young-Planes.

Die deutschen Vertreter halten demgegenüber daran fest, es sei dringend notwendig, eine erneute Bestätigung des Vertrages von Versailles in seinem schlimmsten Punkte, nämlich dem Sanktionsrecht, zu verhindern. Sie könnten unmöglich jetzt zehn Jahre später nach Inkrafttreten des Young-Plans solchen Bestimmungen noch zustimmen.

Französisches Entgegenkommen.

Ob es etwa ein französisches Entgegenkommen bedeutet, daß die Herren Tardieu und Briand sich mit einer schriftlichen Feststellung begnügen wollen, in der die Rechtsauffassungen beider Teile für den von ihnen angedeuteten Fall in Übereinstimmung gebracht würden, muß dahingestellt bleiben. Schwierig erscheint von vornherein das Verlangen einer streng abgewogenen juristischen Formulierung, wenn auch anerkannt werden kann, daß der Standpunkt der Gegenseite hier wie dort mit Aufmerksamkeit angehört wird. Die Franzosen erblicken schon ein Entgegenkommen ihrerseits darin, daß die Tätigkeit der Reparationskommission mit dem Inkrafttreten des Young-Plans Deutschland gegenüber aufhöre, zumal in letzter Instanz ja das höchste Schiedsgericht, der Haager Gerichtshof, entscheiden solle.

Snowden.

Neuerdings erregte es einiges Aufsehen, daß auch der englische Schatzkanzler Snowden sich dem französischen Verlangen gegenüber ziemlich willfährig zeigte. Er drückte seine Überraschung über den fortgesetzten deutschen Widerstand aus. Für das glatte Arbeiten sei diese Hartnäckigkeit nicht sehr förderlich. Es müsse recht bald eine endgültige Antwort erteilt werden, wenn auch er, Snowden, etwaige Sanktionsbestimmungen in keiner Form anerkennen werde.

In der Frage der deutschen Zahlungstermine, die unter Umständen einen Verlust von 80 Millionen Mark Zinsen monatlich für Deutschland bedeuten, ist man ebenfalls nicht sehr viel weitergekommen. Die Kommissionsverhandlungen über die Anpassung des Young-Planes an den deutsch-amerikanischen Vertrag wurden noch nicht abgeschlossen und die Sachverständigen sollen zunächst nochmals ihr Urteil abgeben.

Was heute erledigt werden soll

Haag, 10. Januar. Die sechs einladenden Großmächte werden in der für Sonnabend vormittag einberufenen Sitzung auf Grund der bisherigen Verhandlungen nunmehr noch folgende offenen Streitfragen erörtern:

1. Zahlungstermin der monatlichen Raten der Youngannuitäten,
2. Aktivierung der negativen Pfänder,
3. die Aufgabe des beratenden Sonderausschusses im Falle eines deutschen Zahlungsmoratoriums,
4. Anpassung der einzelnen deutschen Liquidationsabkommen an das Schlußprotokoll der Haager Konferenz,
5. das Reichsbahngesetz,
6. die Einzahlung Deutschlands bei der BIZ.

Im Laufe des Freitag haben ununterbrochen eine große Anzahl von privaten Besprechungen und Verhandlungen zwischen den deutschen Ministern und Sachverständigen mit der Gegenseite stattgefunden. Am Abend sprach der Finanzminister Moldenhauer zum ersten Mal mit dem französischen Minister Cheron und sodann mit dem englischen Handelsminister Graham zusammen. Der englische Schatzkanzler Snowden hat den Wunsch geäußert, daß in der morgigen Sitzung der sechs einladenden Mächte die noch offenen Reparationspolitischen Streitfragen wenigstens in großen Zügen bereinigt werden möchten. Sollte dies gelingen, so ist für Mittwoch der nächsten Woche nach Rückkehr von Tardieu und Curtius nach dem Haag eine Vollkonferenz für die deutschen Reparationen vorgesehen.

Haager Einigung nur noch eine Angelegenheit des guten Willens

Haag, 10. Januar. Reichsaußenminister Dr. Curtius wird nach den bisherigen, wenn auch noch nicht endgültig feststehenden Dispositionen Sonnabend in Begleitung von Staatssekretär von Schubert nach Genf reisen, und am Mittwoch früh der nächsten Woche wieder im Haag eintreffen. Die endgültige Entscheidung über die Reise wird sich wie verlautet, aus dem Verlauf der für Sonnabend einberufenen Sitzung der fünf Gläubigermächte mit Deutschland ergeben. Von deutscher Seite wird erklärt, daß die zur Verhandlung stehenden Reparationspolitischen Fragen jetzt so weit geklärt seien, daß ihre Entscheidung nicht mehr von weiteren Prüfungen oder juristischen Gutachten abhängig sei, sondern lediglich als eine Willensangelegenheit zu betrachten sei. Falls der englische Schatzkanzler Snowden es fordert, daß die noch offenen Streitfragen grundsätzlich in der Sitzung am Sonnabend entschieden werden, stehe einer Reise des Außenministers Curtius nach Genf nach deutscher Auffassung nichts mehr im Wege. Es wird betont, daß die Reise Dr. Curtius in erster Linie der Teilnahme an der Tagung des Völkerbundrates diene, da der Reichsaußenminister besonderen Wert darauf lege, neben dem französischen und englischen Außenminister als Nachfolger Stresemanns Deutschland im Völkerbundsrat zu vertreten. Der deutsche Vertreter habe im Völkerbundsrat diesmal den Bericht über die Wirtschaftspolitik des Völkerbundes zu erstatten, auf dessen Vorlage Curtius besonderen Wert lege. Daneben wird der Reichsaußenminister noch, wie bereits gemeldet, mit dem polnischen Außenminister Zaleski, der diesmal den Vorsitz im Völkerbundsrat führt, private Verhandlungen über die deutsch-polnischen Abkommen führen. Der deutsche Gesandte in Warschau, Rauscher, ist zur Teilnahme an den Verhandlungen nach Genf beordert worden.

Curtius und Briand nach Genf.

Zur beginnenden Völkerbundkonferenz in Genf reiste der französische Außenminister bereits Freitag ab. Er will von dort zur Flottenkonferenz nach London gehen, so daß seine weitere Beteiligung im Haag in Frage steht. Voraussichtlich reist der deutsche Außenminister Doktor Curtius Sonnabend oder Sonntag nach Genf und kehrt Mittwoch nach dem Haag zurück.

Reichsernährungsminister Dietrich über die deutsche Agrarfrage

Berlin, 11. Januar. In der deutschen landwirtschaftlichen Gesellschaft sprach am Freitag der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dietrich über die deutsche Agrarfrage. Er führte u. a. aus, die Erkenntnis habe sich durchgesetzt, daß die Notlage der deutschen Landwirtschaft eine Angelegenheit des gesamten deutschen Volkes sei und schilderte dann die ungeheuere Verschuldung der Landwirtschaft, die gegenwärtig mit 12 Milliarden angenommen werden könnte. Die Rentabilität der Landwirtschaft sei zu niedrig, um die hohen Sollzinsen zahlen zu können. Der Gegenwert der Schulden der Nachkriegszeit sei nicht vorhanden. 5 bis 6 Milliarden Mark seien in der Verlustwirtschaft der Jahre der Währungsstabilisierung einfach verschwunden. Die schwebenden Schulden seien im Laufe der letzten Jahre zurückgegangen und auch die langfristige Verschuldung sei nicht mehr im bisherigen Tempo zu tilgen.

Die Notlage der Landwirtschaft sei zum Teil auf eine steuerliche Ueberlastung der Landwirtschaft in den ersten Jahren nach der Inflation zurückzuführen. Man sei bestrebt, jetzt die Steuerlasten der Landwirtschaft zu senken. Die Landwirtschaft bringe gegenwärtig 60 Mill. Einkommensteuer, 100 Mill. Vermögenssteuer, 85 bis 90 Mill. Rentenbankzinsen, 500 Mill. Realsteuern, 60 bis 70 Mill. Umsatzsteuer und 50 Mill. anderer Steuern auf. Man sei bestrebt, die Rentenbankzinsen der Landwirtschaft zu erlassen und die Grundsteuer um 10 Prozent, mithin um 50 Mill. Mk. zu senken. Die Landwirtschaft würde mithin eine Senkung ihrer steuerlichen Lasten um 150 Mill. Mk. erfahren. Die Gesamtbelastung sei gegenwärtig 800 bis 900 Mill. Mk.

Der Minister kam dann auf die Zolltarifrage zu sprechen und legte dar, wie ungünstig der Zolltarif von 1925 für die Landwirtschaft gewesen sei. Die deutschen Reparationszahlungen hätten sich auch schädlich ausgewirkt, da die Industrie in der Lage gewesen sei, ihre Belastung auf die Landwirtschaft abzuwälzen, die nicht in der Lage gewesen sei, diese Lasten in Form höherer Preise für die Erzeugnisse wieder abzuwälzen. Die Zollerhöhungen vom Dezember 1929 seien unbedingt notwendig gewesen, um die Landwirtschaft zu retten. Durch die gleitenden Zölle werde keine Beunruhigung des deutschen Getreidemarktes herbeigeführt.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF